

# **Sachlich. Und emotional.**

Die **SPD**-Fraktion in Bassum:

Kommunalpolitische Leitlinien

*Spiekerooger Beschlüsse*

*5. Auflage 2015*

Die hier vorliegenden Kommunalpolitischen Leitlinien der SPD-Fraktion in Bassum wurden auf der 14. Klausurtagung auf Spiekeroog in der Zeit vom 6. bis 8. März 2015 diskutiert und vorbereitet.

Auf der Sitzung der Fraktion am 31.3.2015 wurden die Leitlinien als

## ***Spiekerooger Beschlüsse 2015***

verabschiedet.

© im Auftrag der Fraktion: Dr. Christoph Lanzendörfer, 2015

# Unsere Grundsätze

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bassum sieht es als ihre Aufgabe, die Grundwerte der Sozialdemokratie in ihrer praktischen Politik umzusetzen:

- **Freiheit** als die Möglichkeit zur Gestaltung der eigenen Lebensweise;
- **Gerechtigkeit** als bestimmenden Grundsatz für die Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung;
- **Solidarität** als Prinzip eines sozialen Miteinanders

Sozialdemokratische Kommunalpolitik in und für Bassum hat das Ziel, den hier lebenden Menschen und den kommenden Generationen ein Leben in freier Gestaltung ihrer persönlichen Lebensweise, in einem gerechten Zusammenleben und in einer auch das Gemeinwohl als Wert betrachtenden solidarischen Gesellschaft zu ermöglichen.

Wir sehen nicht nur die jetzt lebenden Menschen in der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern auch die uns nachfolgenden Generationen. Ihnen sind wir verpflichtet, eine Welt vorzubereiten, die ihnen die gleichen Möglichkeiten in den von ihnen gewollten Entwicklungen bietet.

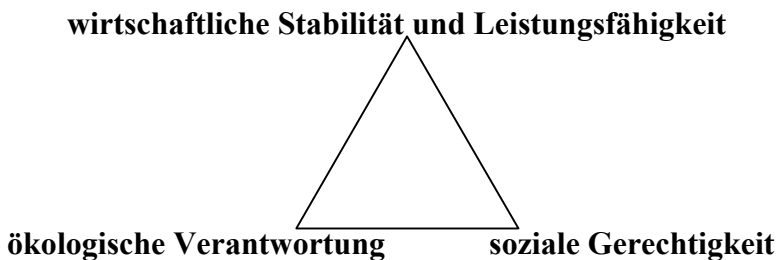
Wir wollen eine **Politik der Nachhaltigkeit** betreiben, die die Lasten weder einseitig auf die jetzige noch auf die kommenden Generationen verteilt. Wir wollen eine **Politik der vernünftigen Entwicklung** unterstützen.

Eine Politik des Nichtstuns, des Versäumens von Aufgaben erledigung führt zu einer leeren Welt für die kommenden

Generationen. Eine Politik der Konsumhaltung ohne Werte zu schaffen führt ebenfalls zu Belastungen für die kommenden Menschen, die sie nicht verursacht haben.

Die Einseitigkeit einer rein betriebswirtschaftlichen Sichtweise in der Finanz- und Wirtschaftsentwicklung einer Kommune führt zu Verwerfungen, die durch eine **volkswirtschaftliche Betrachtung** unserer Entscheidungen verbessert werden müssen: Nicht ein betriebswirtschaftlich interessantes Wirken kann Leitschnur unseres Handelns sein, sondern nur eine angemessene Betrachtung von Folgen wirtschaftlichen Handelns für die gesamte Gesellschaft.

Wir fühlen uns dem **Dreieck der Nachhaltigkeit** der Lokalen Agenda 21 verpflichtet und versuchen es zum Maßstab unserer Politik zu machen:



sind die Eckpunkte einer Politik für die jetzigen und zukünftigen Menschen, mit deren Hilfe Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Konkret bedeutet das, dass wir jede Maßnahme in der Stadt Bassum darauf untersuchen, ob sie zu wirtschaftlicher Stabi-

lität und Leistungsfähigkeit, zu ökologischer Nachhaltigkeit **und** zu sozialer Gerechtigkeit führt. Das bedeutet gleichzeitig, dass wir uns immer wieder neu Gedanken über die Entwicklung machen und sie kritisch begleiten.

Unsere Politik setzt einerseits ein Miteinander voraus, andererseits ist es unser Ziel, dieses Miteinander zu fördern.

Kommunalpolitik lässt, anders als andere Politikbereiche, ihre Auswirkungen sofort bemerken. Die Folgen von Beschlüssen werden in den meisten Fällen sofort spürbar, sei es die Ausweisung von Baugebieten oder sei es der Bau von Straßen und das damit verbundene Fällen von Bäumen, seien es Veränderungen in Angeboten von Kindertageseinrichtungen oder der Unterstützung von Vereinen und Verbänden. Leider kann dies auch dazu führen, dass der Gedanke der Nachhaltigkeit vernachlässigt wird. Desto wichtiger sind nach Ansicht der SPD in Bassum eine sorgfältige Besprechung und Abwägung der Maßnahmen, verbunden mit einer Diskussion über die hinter einzelnen Maßnahmen stehenden Beweggründe. Wir überprüfen Entwicklungen an Hand unserer Grundwerte. Wir sind bewusst Parteimitglieder und bekennen uns engagiert dazu. Wir sind offen und ehrlich und bekennen uns zu den sozialdemokratischen Grundwerten, die zu verwirklichen wir in Bassum helfen wollen.

# Unsere Schwerpunkte

## *Unser Zusammenleben in Bassum*

Unsere Stadt ist geprägt von einem bunten Miteinander verschiedener Lebensstile. Wir wollen dieses friedliche Miteinander fördern.

Wir fördern Dorferhaltungsmaßnahmen, wir werden unverändert Sportstätten in den Ortsteilen unterstützen, wir sehen uns in der Pflicht, Vereine und Verbände in Sport, Kultur und außerberuflicher Bildung in ihrer jeweiligen Entwicklung zu unterstützen.

Unser Verständnis für ein gemeinsames Bassum setzt einen guten Willen bei allen Beteiligten für eine friedvolle Entwicklung voraus. Hetze, Fremdenfeindlichkeit und rechtsradikales Gedankengut haben keinen Platz bei uns. Wir werden sie nicht tolerieren. **Wir sind intolerant gegen Intoleranz!**

## *Unsere Umwelt und unsere Verantwortung*

Die SPD-Fraktion in Bassum begleitet engagiert und positiv die Erstellung eines städtischen Klimaschutzkonzepts, das wir gemeinsam mit der Stadt Twistringen vorbereiten. In dieses Konzept sollen alle Aspekte kommunaler Aufgaben aufgenommen werden, die klimatische Auswirkungen haben.

Die SPD sieht für eine Arbeit dieser Größenordnung die Notwendigkeit, neben der Verwaltung weitere Initiativen

aus der Bevölkerung, wie z.B. Agenda-Gruppen, einzubeziehen.

### *Unsere Wirtschaft und unsere Finanzen*

Ein zukünftiges Leitbild für Bassum wird **Handel, mittelständisches Gewerbe** und **Dienstleistungen** als Zentrenpunkte beinhalten.

Berücksichtigen müssen wir, dass der demografische Wandel nicht nur das Älterwerden der Bevölkerung beinhaltet. Zum demografischen Wandel gehören erhebliche Eingriffe in das Zusammenleben der Menschen durch Veränderung von Berufs- und Geschäftszeiten, eine als „Flexibilität“ beschönigend beschriebene Dauerverfügbarkeit der Arbeitenden, zunehmende Belastungen durch Wochenend-, Spät- oder Nachtarbeitszeit. Zugleich sehen wir, dass in der Stadt Bassum mittlerweile über 40% Einpersonenhaushalte meist Älterer, die entfernt von Einkaufsmöglichkeiten leben, zu verzeichnen sind, dass die wirtschaftliche Entwicklung aber auch mehr Mobilisierung verlangt, was für Ältere und chronisch Kranke schwer zu erbringen ist: Diese Menschen nehmen an der gesellschaftlichen Entwicklung nur noch bedingt teil, sie können die Forderung nach Mobilität nicht erbringen. Einkaufsgebiete müssen demnach auch in der Innenstadt fußläufig erreichbar sein. Eine Politik der Förderung von Handelsketten, die ausschließlich per Auto zu erreichen sind, schließt diese Menschen unbewusst, möglicherweise wegen ihrer geringeren Kaufkraft auch bewusst aus.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik weist die in Kauf genommenen Folgen eines solchen Handelns energisch zurück!

Es hat mittlerweile ein Wandel stattgefunden, der für das Zentrum der Stadt in der Sulinger Straße mehr Dienstleistungen und Gastronomie sieht als den klassischen Handel. Wir unterstützen diese Entwicklung, das **Zentrum** nicht nur als Ort zum Einkaufen zu sehen, sondern auch zum Bummeln oder zur Gelegenheit zum Gespräch. Daher wollen wir die beiden **durchgehenden Einkaufsachsen** Sulinger Straße / Lange Straße und Bahnhofstraße / Kirchstraße fördern. Der Einkaufsschwerpunkt Bahnhofstraße ist Realität, eine Behinderung dieser Entwicklung wird von uns ausdrücklich abgelehnt.

Wir sind offen für die Unterstützung von Geschäftsbereichen, die sich bisher aus sog. "Wettbewerbsgründen" nicht im Entwicklungsbereich Sulinger / Kirch- / Bahnhofstraße etablieren konnten.

Gegen jede vernünftige Planung (z.B. 1. CIMA-Gutachten) wurde in der nördlichen Bremer Straße eine ortskernunabhängige Zentrierung von Einkaufsmärkten durchgepresst. Für eine stattliche Anzahl von Bassumerinnen und Bassumer bringt die Verlagerung weg vom Ortskern Nachteile. Wir fordern eine Überprüfung, die **fußläufige Erreichbarkeit** dieses Gebiets zu verbessern, insbesondere durch eine Verbreiterung des Fußwegs südlich des Kreisels.

Das Marketing der Geschäftstreibenden stellt sich bezüglich gemeinsamer Ziele, Öffnungszeiten und Auftreten uneinheitlich dar. Wir unterstützen Maßnahmen zur Verbesserung dieser Situation.



Im Rahmen der **transatlantischen Freihandelsabkommen** CETA und TTIP erachten wir den **Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge und erkämpfter Standards** als besonders wichtig und fordern, dass diese nicht aufgeweicht oder eingeschränkt werden. In privaten Schiedsgerichten (ISDS) sehen wir eine Gefährdung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, weil ausländische Investoren einen Vorteil gegenüber inländischen bekommen (sie können z. B. auf entgangene Gewinne klagen, was vor regulären Gerichten nicht möglich ist) und ohne Revisionsmöglichkeit und mit geheimen Urteilen nicht von Rechtsstaatlichkeit gesprochen werden kann.

Für Bassum könnten die Freihandelsabkommen den Weg zu Stadtwerken und zur Rekommunalisierung versperren, außerdem könnte selbst die Klageandrohung öffentliche Maßnahmen verhindern, weil die Klagesummen die Stadt in den Ruin treiben können. Freihandelsabkommen mit diesen Inhalten lehnen wir entschieden ab.

Schwerpunkt wird weiterhin die **Landwirtschaft** sein. Hier wenden wir uns gegen Monokulturen. Wir müssen bei den entstehenden Bioenergieanlagen auch die Folgen der Landwirtschaft hin zu einer Monokultur (Mais) berücksichtigen. Der Landwirtschaft sollen nicht mehr benötigte Wege und Straßen als Anbaufläche zur Verfügung gestellt werden, vorausgesetzt es kann in örtlichem Bezug ein ökologischer Ausgleich durch Hecken oder Grünflächen geschaffen werden.

Die Finanzwirtschaft stellt sich in Bassum kompliziert dar. Derzeit liegen wir mit unseren Steuerhebesätzen im ver-

gleichbaren Mittelfeld Niedersachsens. Erhöht sich aber der Mittelwert durch Anhebung der Hebesätze anderer Gemeinden, wird uns diese Differenz zu unseren Hebesätzen bei den Schlüsselzuweisungen abgezogen.

Dennoch wollen wir die **bisherigen Steuerhebesätze beibehalten**. Weitere Belastungen unserer Bevölkerung sind nur vertretbar, wenn dafür eine erkennbare Verbesserung der Versorgung mit kommunalen Dienstleistungen eintritt. Das ist aber nicht absehbar.

Die **Steuerhebesätze** sind andererseits nicht unantastbar, sie sind in einer **eigenen Satzung** unabhängig vom Haushalt zu regeln.

Die Erhöhung kommunaler Steuern (Grundsteuer A) als Ausgleich für einen Verzicht von Anliegerbeiträgen für erneuerte Straßen sehen wir sehr kritisch. Sie sind nur in einem Gesamtkonzept denkbar, das eine **drastische Reduzierung des städtischen Straßen- und Wegenetzes** (bisher 700 km) vorsieht.

Wir sehen in einem zukünftigen Bassum den **Nah- oder sanften Tourismus** verwirklicht: unsere schöne Landschaft genießend, die Sehenswürdigkeiten betrachtend, damit eine Brücke zu früheren Generationen und deren Leistungen bauend, die Gastronomie nutzend sollen Tages-, Rad- oder Wandertouristen Bassum kennen lernen. Initiativen wie die vorbildliche Gestaltung des **kulturhistorischen Pfades** oder die Initiative der **Gästeführerinnen und Gästeführer** werden wir weiterhin unbedingt unterstützen. Die Lokale Agenda 21 ist ein aus Bassum nicht mehr wegzudenkender Partner hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklung. In diesem Zusammenhang fordert die SPD die weitere Ausgestaltung

des Tourismusbereichs in der Verwaltung. Wir regen an, **Kombinationsangebote** von Freizeit und Kultur zu forcieren.

### *Unsere Kultur und Bildung - Freizeit*

Die SPD in Bassum sieht den wichtigsten kommunalen Beitrag in der vor- und außerschulischen Bildung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen uns zum **Prinzip des lebenslangen Lernens**. Unsere Kommunalpolitik wird von diesem Gedanken geleitet.

Die **Inklusion** ist nicht nur hinsichtlich der UNO-Menschenrechtskonvention als Leitprinzip innerhalb und außerhalb von Schulen anzuwenden. Inklusion ist ein Prinzip gemeinschaftlicher Nutzung gemeinschaftlich erbrachter Güter und Werte. Sie ist Anwendungsprinzip eines sozialen Miteinanders, das nicht nur das Lernen umfasst, sondern insgesamt ein gemeinsames Leben verbessern soll. Die Selbstbestimmung Betroffener ist das Ziel einer inklusiven Gesellschaft.

Frühkindliche Bildung umfasst seitens der Stadt Bassum zu gewährleistende Angebote wie **Krippenplätze**, auch in Verbindung mit dem Engagement des **Mütter-Kinder-Zentrums**. Wo sich Gemeinsamkeiten ergeben, sollten diese genutzt werden.

Gruppen in den städtischen **Kindertageseinrichtungen** sollen personell so gefördert werden, dass konstante Betreuung und Bindung zwischen Kindern und Fachkräften möglich

sind. Tageseinsätze von Betreuungskräften aus Zeitarbeitsverträgen sind nur im anderweitig nicht regelbaren Sonderfall zu akzeptieren.

Wir fördern und unterstützen die konfessionellen Kindergärten wie in den Verträgen mit den Kirchengemeinden vorgesehen. Die Haushalte der KiTas Rentei und Nordwohlde sollen dem Verwaltungsausschuss zur Beratung vorgelegt werden.

**Hortangebote** sollen den Grundschulen angegliedert werden. Hierfür müssen entsprechende räumliche und ausstattungstechnische Veränderungen erfolgen.

Die **Grundschulen** sollen an den bisherigen Standorten Bassum, Bramstedt, Neubruchhausen und Nordwohlde weiter betrieben werden. Voraussetzung ist jeweils die erforderliche Anzahl von Schülerinnen und Schülern. Um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten und die sozialen Kontakte der Kinder zu behalten, werden an den **Schulstandorten auch Kindertagesstätten** betrieben.

Die Grundschulen benötigen eine adäquate Ausstattung, die den Betrieb als **echte Ganztagschule** gewährleistet. Ziel der SPD sind kleinere Klassen. Insofern unterstützt sie jede landesweite Initiative, die zu diesem Ziel führt.

In Bassum muss es möglich sein, vom Kindergarten bis zur Hochschulreife alle Schulformen zu durchlaufen. Ausschlaggebend hierfür sind pädagogische, ökonomische und ökologische Gründe. Am besten wird das gymnasiale Angebot in einer Integrierten Gesamtschule **IGS** erfüllt. Da der gesellschaftliche Konsens hierzu zur Zeit aber noch fehlt, ist übergangsweise als Mindeststandard eine Kooperative Gesamtschule **KGS** akzeptabel.

Die beiden durch Initiativen gegründeten nichtöffentlichen Schulen „Freie Schule Prinzhöfte, Bassum“ und „Lukas Schule“ erfüllen **Nischenangebote**. Sie sind in einem Maße zu unterstützen, das die öffentlichen Schulen in ihrem Bestand nicht nachhaltig schadet. Die SPD bekennt sich zu einem öffentlichen Schulwesen, anerkennt aber die Bedeutung der Schulen.

In den Ganztagschulen wird die Ernährung wichtiger. Wir fordern eine nicht nach ökonomischen Kriterien ausgerichtete Ernährung, sondern eine **Schulspeisung** nach den Kriterien einer gesunden, ausgewogenen Kost.

Die **Kulturarbeit** wird durch ehrenamtliches Engagement z.B. innerhalb der Stadtbücherei oder im Kulturforum hervorragend begleitet. Wir werden diese Arbeit weiter unterstützen und ausbauen.

Die **Vereins- und Verbandsarbeit** nimmt trotz insgesamt sinkenden Engagements der eigenen Vereinsmitglieder einen Schwerpunkt des kommunalen Miteinanders ein. Aufgabe der Stadt ist es nach Ansicht der SPD, subsidiär dort unterstützend zu wirken, wo die Vereine alleine die Aufgaben nicht meistern können. Deswegen bekennt sich die SPD zur Vereinsförderung aus öffentlichen Mitteln, zumal im Jugendbereich.

Der aktuell beschlossene Bau einer Mehrzweckhalle in Nordwohlde, die auch dem Schul- und Vereinssport zugutekommen wird, ist ein hervorragendes Beispiel bürgerschaftlichen Engagements für die Allgemeinheit.

Die allgemeinen **Sportvereine** erhalten als grundsätzliche Förderung für ihre unterschiedlichen Angebote das Nut-

zungsrecht in den städtischen Sporthallen und auf den kommunalen Sportflächen.

Städtische Angebote wie das **naturnahe Familien- und Freizeitbad**, das **Hallenbad** oder den **Tierpark** fassen wir nicht nur als Freizeitangebot auf, sie dienen auch als kommunale Identifikationsobjekte. Deswegen begrüßen und fördern wir die ehrenamtliche Arbeit und Unterhaltung, soweit es möglich erscheint. Das Naturbad ist als Wirtschaftseinrichtung allerdings nur bedingt ehrenamtlich zu führen. Hierfür streben wir wieder eine Führung durch die Stadt an. Die bisherige Handhabung hat sich nicht bewährt.

### *Unser soziales Miteinander*

Aus rein historischen Gründen (Norddeutsches Prinzip der kommunalen Versorgung) liegt die Verantwortung für die soziale Sicherung bei den Kommunen. Dies muss nicht immer so bleiben.

Die SPD in Bassum setzt sich in ihren Gremien für eine Änderung der sozialen Sicherung als Aufgabe des Bundes ein. Wir sind weiter dafür, diese sozialen Aufgaben europaweit zu definieren und zu handhaben. Wir dürfen nicht stehen bleiben bei der Verwirklichung **eines Wirtschaftsraums**, unser Leben fordert einen **einheitlichen Sozialraums**. Europa muss ein **einheitlicher Freiheitsraum** werden.

Unsere kommunalen Aufgaben im Sozialbereich sehen schwerpunktmäßig Förderung im Bereich der **Senioren** und der **Jugend** vor.

Die SPD begrüßt die Initiative des Rates, für diese beiden Bereiche eigene Ratsbeauftragte ernannt zu haben, die an der Entwicklung von Konzepten federführend wirken sollen. Diese Aufgaben sind weiter zu verfolgen.

Das Seniorenservicebüro ist weiterhin zu unterstützen und auszubauen, wie funktionell gerade durch die Erweiterung des Familienservicebüros geschehen. Hier sehen wir einen ganz wesentlichen Schwerpunkt unserer Arbeit für **eine familienfreundliche Stadt Bassum**.

Bei allen städtischen Vorhaben sollen die beiden Ratsbeauftragten nach Auswirkungen auf ihre jeweiligen Gebiete befragt werden.

Derzeit erleben wir, bedingt durch Kriege und Krisen, erneut einen Flüchtlingsstrom nach Bassum ziehen. Wir heißen alle Verfolgten herzlich in unserer Stadt willkommen und bieten ihnen unsere Hilfe an. Eine dezentrale Unterbringung ist einer zentralisierten Lösung grundsätzlich vorzuziehen. Wir sehen aber auch Vorteile wie gemeinsames Lernen der deutschen Sprache oder mögliche sozialarbeiterische Versorgung bei gemeinsamen Wohnprojekten.

Unsere Feuerwehr steht in einem Spannungsfeld. Den klassischen Aufgaben *retten - bergen - löschen - schützen* steht die Traditionswahrung gegenüber. Unsere Unterstützung und unser Dank gilt den ehrenamtlichen Frauen und Männern der Wehren, die sich für unser Wohl und unsere Sicherheit engagieren.

Die finanzielle Sicherung der Aufgabenwahrnehmung schließt ein permanentes Überprüfen von Struktur und Ausstattung unserer Wehren ein.

Zur sozialen Daseinsfürsorge gehören Bereiche, die durch den ideologisch erhöhten Ansatz zur “Wettbewerbsfähigkeit“ nicht gedeckt werden. Unser ehemaliges Städtisches Krankenhaus ist das klassische Beispiel dafür. Einerseits soll der Klinikverbund der Alexianer im Landkreis Diepholz sich wettbewerblich ausrichten, andererseits werden seit Jahren Millionen Euro aus kommunalen und Landeskassen für die Defizitabdeckung verwendet ohne dass sich allerdings diese Summen einer öffentlichen Kontrolle unterziehen lassen. Wir werden unsere Unterstützung streng danach ausrichten, ob sich die Entwicklung des Bassumer Krankenhauses an den Grundsätzen von Nachhaltigkeit und Gegenseitigkeit orientiert: Wenn direkte Bassumer Steuermittel aufgewendet werden, müssen auch Bassumer Betriebe Nutzen von der Verwendung der durch sie erwirtschafteten Finanzmittel haben.

### ***Unsere weiteren Vorhaben: Bauen und Planen***

Bei unserer Forderung nach einem städtebaulichen Leitentwurf hat die Verwaltung großartige Arbeiten geliefert. Gerade eine landwirtschaftlich geprägte Flächenstadt wie Bassum, die 16,8 km<sup>2</sup> und damit 10% ihrer Gesamtfläche durch Bauten oder Straßen versiegelt hat, muss vorsichtig mit der nicht ersetzbaren Ressource *Boden* umgehen.

Wir unterstützen und fördern gerade dort die Ausweisung von Baugebieten, wo die dörfliche Struktur erhalten und in ihrem Kern ausgebaut werden kann. Wir wollen vornehmlich dort Bauplätze ausweisen, wo es bereits infrastrukturelle Voraussetzungen wie Schulen und KiTas gibt.



Um einer Zersiedelung im Umland vorzubeugen, sollten Baugebiete dort außerhalb der größeren Ortsteile Bramstedt, Neubruchhausen und Nordwohlde nur sehr vorsichtig ausgewiesen und im Austausch für den Abriss älterer Gebäude bebaut werden.

Entsiegelnder Ausgleich für versiegelte Flächen muss möglichst nahe an der verursachenden Maßnahme erfolgen.

Als ehrgeiziges Ziel stellen wir uns das **Pflanzen** von etwa 160 Bäumen jährlich im öffentlichen Bereich vor: für jeden hundertsten Einwohner sollte jährlich ein Baum gepflanzt werden.

### ***Unsere Beziehung zu Politik und Verwaltung***

Der Stadtrat in seiner Gesamtheit ist die Vertretung der Bevölkerung und damit oberster Souverän der Kommune. Der Stadtrat bestimmt die Richtlinien der Politik.

Das Miteinander der unterschiedlichen Fraktionen im Stadtrat ist sowohl geprägt vom gemeinsamen, unsere Stadt voranzubringen, als auch von der Konkurrenz um größeren Einfluss.

**Wir sind sachlich und emotional:** Wir betreiben Sachpolitik aus starker Gefühlsbeteiligung.

Politik ist nicht Verwaltung, aber der Bürgermeister ist sowohl Politiker als auch Verwalter. Diesem Spannungsverhältnis muss sich jeder Amtsinhaber und jede Amtsinhaberin stellen. Gerade hier zeigt sich ja die Kompetenz eines Hauptverwaltungsverwaltungsbeamten: Die unterschiedli-

chen Aufgaben und ihre Darsteller nicht als Konkurrenz, sondern als Gemeinsamkeit zu begreifen.

Als persönlich gewählter Repräsentant der Bevölkerung haben der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin eine Präsenzpflcht in der Öffentlichkeit. Hierfür hat der Stadtrat die erforderlichen Ressourcen an sachlichem und finanziellen Aufwand und Zeit durch Vertretung anderer Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Hoheitliche und Aufgaben der öffentlichen Sicherheit bedürfen grundsätzlich nicht der politischen Zustimmung.

# Unser Ausblick

1974 wurden 16 Gemeinden zur Stadt Bassum als Einheitsgemeinde zusammengeschlossen. Dies war sinnvoll und erforderlich, da Gemeinden mit 200 bis 1.500 Einwohnerinnen und Einwohnern nicht überlebensfähig waren.

Nichts lässt erkennen, dass mit diesem 41 Jahre alten Zusammenschluss eine Regelung für die Ewigkeit getroffen worden sein muss. Im Gegenteil: es werden Zuschüsse landes- oder europaweit bereits jetzt für die Interessenbündelung von Gemeinden vergeben, die ein Vielfaches der Einwohnerzahl Bassums haben. Zudem fördert die Landesregierung solche interkommunalen Zusammenschlüsse, sei es, dass ganze bisher selbstständige Gemeinden sich zu einer neuen zusammenschließen (Beispiel Hoya und Eystrup) oder dass sich innerhalb einer Samtgemeinde einzelne Mitgliedsgemeinden zu einem Zusammenschluss durchringen (Beispiel Bruchhausen-Vilsen).

**Die SPD in Bassum steht dieser Entwicklung positiv gegenüber: Es geht uns in erster Linie um eine Verbesserung der Situation der Einwohnerinnen und Einwohner und nicht um ein sinnfreies Klebenbleiben an alten Strukturen.**

Wir werden Antworten finden auf die Herausforderungen, die durch den demografischen Wandel entstehen: Die Gesellschaft wird nicht nur älter, sie verändert sich auch durch andere als gewohnte Biografien in Ausbildung und Beruf,

durch unterschiedliche Anforderungen an Arbeits- und Erholungszeiten.

Eine größere Kommune macht auch Mittelinstanzen wie einen Landkreis überflüssig und fördert damit das Prinzip direkter Vertretung.

-----

Die SPD in Bassum lädt alle Interessierten zu einem dauernden Gespräch über die Entwicklung der Stadt ein. Sie lädt ein zur Beteiligung an der politischen Arbeit. Wer sich über unsere Arbeit informieren möchte, kann dies auf unserer Seite

[www.spd-bassum.de](http://www.spd-bassum.de)

fast tagesaktuell tun. Kontakt zur Fraktion finden Sie unter

[fraktion@spd-bassum.de](mailto:fraktion@spd-bassum.de),

zur Partei unter

[vorstand@spd-bassum.de](mailto:vorstand@spd-bassum.de).

Bassum, den 31.3.2015